

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Eheblatt und Anzeiger).

Zeitungsm-Woch.  
"Tageblatt", Riesa.

Sonntagsausgabe  
Nr. 20

## Amtsblatt

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 93.

Dienstag, 24. April 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der Postamt. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Ausgabe für die Nummer des Ausgabetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Danner & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Konstantinstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herrn. Schmidt in Riesa.

### Eine Ansprache Bismarcks.

Die Ansprache, die Fürst Bismarck am Freitag in Friedrichshafen an die ihm besuchenden nationalliberalen Abgeordneten des Reichstags richtete und auf die wir erst heute eingehend zurückkommen können, lautet nach den „Dampf. R.“ wie folgt:

„Ich danke Ihnen von Herzen für Ihre freundlichen Worte und Ihnen allen, meine Herren, danke ich für die hohe Ehre, die Sie mir erzeigen, indem Sie mir durch Ihren Besuch hier in Friedrichshafen, daß die Reichsverfassung und meine Mitarbeit an derselben Sie noch heute befriedigt und Sie mir wegen dieser Mitarbeit ihre Anerkennung zollen. Es hieß früher, daß die Verfassung mir persönlich auf den Leib geschnitten sei und daß ich, wie jener Danziger Uhrmacher, der Einzige sei, der die Uhr im Gange halten könne. Wie unrichtig diese Ansicht ist, beweist die Thatfrage, daß auch Graf Caprivi unter zu Zeiten schwierigen Umständen nun doch seit vier Jahren mit dieser Verfassung regiert hat, ohne daß Bedürfnis einer Änderung zu empfinden und ohne in der Verfassung einen Hemmischuh nationaler Thätigkeit zu erblicken, wie dies früher zur Zeit des alten Bundestages der Fall gewesen ist. Ich zweifle nicht daran, daß diese Verfassung, welche sich anstrengt an historisch Gewordenes, oder wie der Geologe sagt, an „gewachsenen Boden“, ihre Proben auch ferner bestehen wird, so ernsthaft sie auch sein mögen.“

Es liegen manche schwere Aufgaben für die nächsten Reichstage vor. Ich nenne in erster Linie die Deckung des finanziellen Ausfalls unter Schonung des guten Einvernehmens der verschiedenen Klassen der Contrahenten, welche bei der Finanzreform zur Deckung des Ausfalls herbeizogen werden können, der durch den Verzicht auf erhebliche Berräge der Zölle nötig geworden ist. In zweiter Linie die Vorlage der Landwirtschaft, die doch einen zu erheblichen Anteil unserer Landsleute betrifft, um von Rechts wegen ignoriert werden zu können. Die Annahme, daß die Landwirtschaft die Reichsgesetzgebung nichts angehe, weil sie unter Artikel 4 der Verfassung nicht ausgeführt sei, zeigt ja doch einen Mangel an Vertrautheit mit unserem Verfassungsleben, mit den Absichten der Gesetzgeber, mit unserem ganzen wirtschaftlichen Leben, wie ich ihn nicht an so hoher Stelle gezeigt hätte. In jenem Artikel der Verfassung ist auch kein anderes Gewebe genannt und man könnte mit demselben Recht sagen, alle Handwerker, seien es Schuhmacher, Schmiede oder sonst irgend welche, gingen das Reich und seine wirtschaftliche Gesetzgebung nichts an. Aber der Reichsgesetzgebung können unmöglich die Geschichte von zwanzig Millionen Reichsbürgern, die Landwirtschaft betreiben, gleichgültig sein. Mag die Landwirtschaft ausdrücklich und formell als zur Kompetenz des Reiches gehörig bezeichnet sein, sie gehört eben zu wirtschaftlichen Pflege der Gesetzgebung.

Wir haben eine weitere schwierige Aufgabe zu lösen auf dem Gebiete der Beziehungen der geordneten staatlichen Gesellschaft zur Sozialdemokratie. Ich glaube nicht, daß diese Frage auf die Dauer einfach dodgeschwiegen werden kann, sondern daß man ihr früher oder später aktiv näher treten muß. Auf welche Weise, darauf will ich heute nicht weiter eingehen. Wir haben ferner speziell bei uns in Preußen neuerdings die polnische Frage wieder belebt sehen, die in ihrer Ausdehnung auf Oberschlesien, wo dieselbe früher nicht bekannt gewesen, schädlicher wird, als sie war, für die mühsam errungene Einigkeit der Bevölkerung und für ein günstiges Verhältnis zu unseren polnisch sprachenden Landsleuten. Man hat die polnische Begehrlichkeit neu aufgemuntert und das ist ein bedenkliches Experiment, zumal in der polnischen Frage eine europäische Frage über Krieg und Frieden liegt.

Ich glaube ja nicht, daß letztere sehr nahe bevorsteht. Es ist weniger die friedliche Gesinnung aller Regierungen, die den Frieden bisher erhalten, als die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der Chemiker in der Erfindung neuer Pulverarten und der Techniker in der Verbesserung der militärischen Ballistik und deshalb die für die Leiter eines kriegslustigen Staates unter Umständen entscheidende Erwägung, daß sie es nicht für erfolgreich halten, loszuschlagen, wenn ihre Heere nicht im Besitz der neuesten Erfindungen sind. Es fliegt fast wie Satire, ist es aber nicht, daß der Chemiker bisher die Schwerter in der Scheide hält und durch seine Erfahrungen über Krieg und Frieden entscheidet. Ich will damit nur aussprechen, daß ich nach meinen politischen Erfahrungen

an keine nahe bevorstehenden auswärtigen Verwicklungen glaube, weil keine von den großen europäischen Mächten mit ihren Vorbereitungen fertig ist. Aber immerhin sind die Schwierigkeiten, denen wir entgegengehen, so groß, daß sie uns gebietserisch die Notwendigkeit nahe legen, wie der Seemann sagt, uns klar zum Gesicht zu halten; dazu rechne ich, daß in den Parteikämpfen Maß gehalten werde, daß die staatsverhindernden Parteien sich weniger trennen, sondern nach Möglichkeit einander nähern und sich wie früher zu einem Kartell zusammenfinden, dem Bedürfnisse geordneter Zustände folgend, welches sich einzigt unter Pflege unserer verfassungsmäßigen Einrichtungen und daher komme ich auf den Punkt, der mir augenblicklich am Herzen liegt, daß wir uns so einrichten müssen, wie wir auf die Dauer im Geiste und Sinne der Verfassung bestehen können. Die Aemter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten können auf die Dauer nicht getrennt sein, ohne die Verfassung zu föhligen, die Autorität des Reiches zu schwächen. Der Gedanke einer Personal-Union zwischen Reich und Preußen, ähnlich derjenigen wie zwischen Schweden und Norwegen hat niemals in der Verfassung gelegen, und wir haben, wie die Herren von Ihnen, die alt genug sind, um das mit mir erlebt zu haben, destätigen werden, zwischen Reichspolitik und preußischer Politik an die Möglichkeit eines gegenseitigen Belämpfens und Rivalisierens niemals gedacht, und wer diesen Gedanken zur Wirklichkeit machen wollte, der, ich will keinen harten Ausdruck gebrauchen, schädigt unwissend vielleicht unsere nationale Existenz, unsere Unabhängigkeit, unsere verfassungsmäßige Sicherheit. Ein Reichskanzler, der nicht auf die Autorität des preußischen Staatsministeriums gestützt ist, schwört mit derjenigen in der Lust, wie ein Seitläufer. Die Bedeutung des Reichskanzleramts in unserer Politik im Verhältnisse zu Preußen ist gedacht wie etwa in jenem Beispiel aus der griechischen Mythologie die vom Antaus, der aus der Verführung mit der vaterländischen Erde immer neue Kräfte sog, und den Herkules in die Lust haben und isolieren muß, um ihn zu erwürgen. Es ist ganz einleuchtend, daß ein Reichskanzler, der gestützt ist auf das gesamte preußische Staatswesen, nicht Bedeutung hat, als einer, der nur auf seinen persönlichen Wirkungskreis und auf die Erfahrungen, die er persönlich in militärischer Stellung sammeln konnte, angewiesen ist.

Das Reich ist gestützt auf den Ministerien aller verbündeten Staaten, deren jedes seinem Lande verantwortlich ist für die Art, wie es sich im Bundesrat verhält, namentlich trifft dies aber auf das preußische Staatsministerium zu und ich bedaure, daß meine Landsleute im preußischen Landtag Interpellationen hierüber völlig unterlossen haben vielleicht in der Hoffnung, daß, wenn sie artige Kinder wären, sie wieder nach vorn kommen würden und dem Reichskanzler zustimmen, ihn seine Politik ohne preußische Kontrolle betreiben ließen. Ein Reichskanzler, der nicht die Stimmabstimmung für Preußen hat, ist ja in der Gesetzgebung eine ganz ohnmächtige Person. Er kommt in der verfassungsmäßigen Ordnung der Dinge gar nicht zur Erscheinung. Er kann die Gesamtpolitik nicht anders vertreten, als in Übereinstimmung mit der Weisheit seiner preußischen Ministerkollegen. Wenn er sich von denen lossagt, so steht er in der Lust. Im Bundesrat ist er dann nichts Anders, als ein Verwaltungsbeamter des Reichspräsidiums. Seien wir den Namen einmal für den des Kaisers, wie er es ja ursprünglich war. Das ist meines Erachtens das nächste Bedürfnis der Zukunft, was wir politisch zu erstreben haben, daß diese unnatürliche Trennung zwischen dem Reichskanzleramt und dem preußischen Ministerpräsidium aufhöre, und daß der Reichskanzler in der Lage bleibe, das jolide Fundament des preußischen Staates hinter sich zu haben, dadurch kann seine Autorität im Reiche und im Auslande nur wachsen. Wenn die übrigen Bundesgenossen Preußen das Präsidium übertragen haben, so gelohnt das nicht nur, um einen von Preußen ernannten Reichskanzler zu schaffen, sondern im Vertrauen zu der Tüchtigkeit des preußischen Staates in Civil und Militär. Wenn aber dieses hinter ihm wegfällt, so ist der Reichskanzler nichts als ein Vorfogebilde. Das Gewicht der Reichsvertretung, wie sie der Reichskanzler führen soll, kann sich nur abschwächen, wenn die Autorität von zehn preußischen Staatsministern mit vielleicht 500 geschulten Beamten und Ministerialräten hinter ihm fortfällt und der Kanzler einheitlich auf der eigenen Spur als freier Sohn der eigenen Natur, auf

Wezen, die Niemand kontrolliert, als er selbst. Er kann noch seiner Vergangenheit die Erfahrung nicht bezüglich, welche die Erfahrung der zehn Minister mit ihrer Gesellschaft von Räthen aufwieg. Diese sind der Ballast in unserem Reichsschiff, und wenn die wegfallen, so wäre es ein Gewinn, wenn der Ausfall der preußischen Unterlage durch ein bayrisches oder sächsisches Ministerium hinter ihm erlegt würde. Daran ist ja kein Gedanke. Sein Schiff fährt isoliert, ohne an einen städtischen Kurs gebunden zu sein.

Ich fürchte, meine Herren, daß ich weitsichtig wurde und Sie haben mit Ihre Zeit nur sehr kurz bemessen. Ich habe mich aber lange nicht politisch ausgesprochen. Es wird Zeit, daß ich Sie noch meiner Frau vorstellen kann, und Sie sich noch durch einen Trunk und kleinen Zwischenfall können.“

### Tagesgeschichte.

**Deutsches Reich.** Im Anschluß an das Verbot des Totalitätsspiels ist den Offizieren, wie die die „T. R.“ noch ersahen, von Neuem anbefohlen worden, sich an Pferderennen nur zu beteiligen, wenn sie in Uniform reiten. Ferner ist das Halten von Hengstenpferden von der ausdrücklichen Genehmigung der Regimentkommandeure abhängig gemacht worden, welche streng dafür verantwortlich gemacht worden sind, daß nur die wirklich wohlhabenden Offiziere diesen Luxus treiben.

Die unerfreulichen Vorfälle persönlicher Art, die aus den afrikanischen Kolonien berichtet werden, sprechen, so führen die halbmäthlichen „Berl. Vol. R.“ aus, „gegen die Annahme eines Zusatzes, legen vielmehr den Schluss nahe, daß die Ursache der zu verlagenden Übergriffe von Organen der deutschen Kolonialverwaltung in einem Mangel in der Organisation zu suchen ist. Es gewinnt den Anschein, als ob die im Kolonialdienst in leitenden Stellen thätigen Männer nicht überall einen klaren und sicheren Begriff von dem Umfang ihrer Obliegenheiten und Befugnisse und insbesondere von den Grenzen derselben haben. Dass die Beamten, welche in die Kolonien entsandt werden, sich vorher die Sachkenntnis in ausreichendem Maße aneignen und in Bezug auf die Anwendung ihrer Befugnisse von vornherein weise Beschränkung zu üben lernen, erscheint nach den gemachten Erfahrungen unerlässlich und wird durch organisatorische Maßnahmen sicher zu stellen sein.“

Der diesjährige Parteitag der deutschen Sozialdemokraten findet nicht in Nürnberg statt, weil der Magistrat auf eine Anfrage die Teilnahme von Frauen für ungültig erklärt hat. In Folge dessen hat die sozialdemokratische Parteileitung beschlossen, den Parteitag in Frankfurt a. M. abzuhalten.

Die „Münchener Allg. Zeitung“ knüpft an das Duell Ritter-Wächter-Polstorff folgende Betrachtungen: „Herr Polstorff liegt schwer verwundet niedrig, und damit werden die Angriffe des „Räderadatsch“ wohl aufhören; der Schuh aber, mit dem ein hoher Reichsbeamter sich selbst die Genugthuung verschaffte, die er vor den Schranken des unparteiischen Gerichts nicht forderte, wollte oder konnte — jener Schuh wird hoffentlich auch an der Stelle gehörig werden, die über das Recht zu wachen hat und die bis jetzt über den Verlauf der standeslosen Angelegenheit nur sehr mangelfhaft orientiert gewesen zu sein scheint. Gegen diese letztere Vermuthung, die allerdings von hohen Beamten noch vor kurzer Zeit geäußert wurde, spricht nur der Umstand, daß Herr v. Ritter-Wächter, der, wie erinnerlich, dazu bestimmt war, den Kaiser nach Abbau zu begleiten, des Duells wegen in Berlin zurückblieb, und daß die Herausforderung an Polstorff schon vor einigen Wochen ergangen war. Seit dem Beschwichtigungsversuche des Generalmajors Spix sind fast sechs Wochen vergangen, und seit Wochen schon war es ein öffentliches Geheimnis, daß ein Duell Herrn v. Ritter-Wächter, sich von dem Grafen Eulenburg am Hoflager des Kaisers vertreten zu lassen. Dass aber an anderen hohen Stellen sicher bekannt gewesen muß, wie ein beleidigter Beamter seine Ehre rein waschen wolle, dafür spricht die prompte, aber schiefe Dementitur der wohlgebrüdeten Nachricht, Herr v. Ritter-Wächter sei zum Gefangenen in Hamburg designiert gewesen.... Die „Räderadatsch“-Affäre ist in ein neues Stadium getreten, das Publikum, die Presse und die Regierung stehen einer vollkommen veränderten Stellung gegenüber; hält sich die leitenden Männer auch jetzt in Schweigen, erhält das verlegte